

Antrag

der Abgeordneten Harald Weinberg, Susanne Ferschl, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Eva-Maria Schreiber, Dr. Petra Sitte, Friedrich Straetmanns, Jessica Tatti, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Gesundheitliche Chancengleichheit stärken – Gesundheit als gesamtpolitische Aufgabe begreifen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und Vermögen infizieren sich im Durchschnitt nicht nur häufiger mit Corona, auch die Krankheitsverläufe und die Folgewirkungen sind schwerer und langwieriger als bei Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen. Zusätzlich sind sie von den wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Nebenwirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen erheblich stärker betroffen als die Menschen mit höheren Einkommen und Vermögen.

Solche Wechselwirkungen sind für die meisten Krankheiten wissenschaftlich belegt: Armut hängt nach wie vor eng mit Krankheit, Pflegebedarf und frühzeitigem Tod zusammen. Die persönlichen Lebensumstände (soziale Determinanten) sind der wichtigste Einflussfaktor auf die Gesundheit und bestimmen gerade die unterschiedlichen Gesundheitschancen zwischen Arm und Reich. Die Verringerung von Unterschieden in den Gesundheitschancen ist daher das wichtigste Ziel einer guten und gerechten Gesundheitspolitik.

Die Corona-Bekämpfung hat erneut deutlich vor Augen geführt: Die Gesundheit der Bevölkerung kann in jedem Bereich geschädigt, sie kann aber auch in jedem Lebensbereich gefördert werden. Um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, müssen daher alle Bereiche des Lebens und damit alle Politikbereiche einbezogen werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat bereits 1978 das Konzept Health in All Policies (HiAP) formuliert und mit der Ottawa-Charta 1986 bis zur Shanghai-Erklärung 2016 weiterentwickelt. Zentraler Bestandteil einer guten Gesamtpolitik muss die Berücksichtigung von Gesundheit in allen Politikfeldern sein. Doch trotzdem gibt es in

Deutschland bis heute keine systematische Berücksichtigung der Wirkungen bundespolitischen Handelns auf die Gesundheit der Bevölkerung.

Ein wichtiger Bestandteil der HiAP-Strategie ist eine strukturierte Folgenabschätzung Gesundheit (Health Impact Assessment, HIA) für die Gesamtpolitik. Mit diesem seit 20 Jahren entwickelten Instrument wird die Durchsetzung des Grund- und Menschenrechts auf Gesundheit verbessert, indem die Auswirkungen staatlichen Handelns oder auch Nichthandelns auf die Gesundheit der Bevölkerung unabhängig überprüft werden.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt in Umsetzung der von der WHO angemahnten HiAP/HIA-Strategie,

einen unabhängigen Beirat zur Begutachtung der Wirkungen von Bundesgesetzen auf die gesundheitlichen Auswirkungen der Bevölkerung (Wissenschaftlicher Beirat Gesundheit) einzusetzen. Der Auftrag des Beirats liegt in einer unabhängigen fachlichen Einschätzung der Gesetzentwürfe in Bezug auf die Wirkungen auf gesundheitliche Ungleichheit insgesamt und Auswirkungen auf die Gesundheit von besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen im Besonderen. Dem Beirat gehören neben Vertreter*innen der Gesundheitswissenschaften/Public Health-Wissenschaft insbesondere auch Vertreter*innen der Sozialwissenschaften, Pädagogik, Ökonomie, Psychologie, (Sozial-)Medizin, Epidemiologie sowie Expert*innen aus dem Sachgebiet des jeweiligen Gesetzentwurfs und Vertreter*innen der maßgeblichen Patientenorganisationen nach § 140f SGB V an.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Länder und Kommunen bei der Errichtung von unabhängigen HIA-Gremien zu unterstützen. Der Wissenschaftliche Beirat Gesundheit legt dem Bundestag jährlich einen Bericht vor.

Berlin, den 4. Mai 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion